

Auf den Ringstraßen rollten sich fortwährend die Massen zu neuen großen Ansammlungen zusammen. Um 3 Uhr nachmittags kam es zu neuen blutigen Zusammenstößen zwischen Volk, Polizei und Militär. Die Anzahl der Verwundeten beläuft sich auf über 300, ist sind 6, darunter drei Kinder. Ein ganzes Infanterieregiment besetzte den Platz vor dem Nationaltheater und die Masochisten. Am Solauer-Ring stürzten die Massen 33 elektrische Straßenbahnwagen um, um Karrikaturen zu bauen. Sie wurden aber vom Militär gesprengt.

Budapest, 23. Mai. Die Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Militär dauern an. Die Menge versucht die Gasolernen zu zerstören, was die Polizei mit allen Mitteln zu verhindern trachtet. Die Besetzung, daß die Gasolernen nicht funktionieren werde, erwies sich als unbegründet. Eine Nachschube wurde in Brand gesetzt. Im Hause des Hrn. Baron Kossuth wurde eine Bombe geworfen, die das Treppenhause und das Tor zerstörte. Um 9 1/2 Uhr abends wurden sieben Tote gemeldet, die Opfer des heutigen Tages geworden waren. Umwelt Budapest sollen Eisenbahnarbeiter zwei Tage angehalten haben. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Menge erzwang eine Asphaltfabrik, schleppte Köhler mit Teer auf die Straße und steckte sie in Brand. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahn und der Untergrundbahn wurde nachmittags eingestellt.

Die Demonstrationen dauerten den ganzen Tag hindurch in großem Umfange fort. Die Stadt gewinnt das Aussehen eines Feldlagers, da zahlreiche Abteilungen Militär an verschiedenen Punkten aufgestellt sind. Der Direktor der Gasanstalt erklärte dem Oberstaatsanwalt, daß er infolge der Zerstörung von Gas-Lampfen und des Ausströmens des Gases keine Garantie für die Beleuchtung übernehmen könne.

Die Opfer.

Wien, 23. Mai, abends. Nach verlässlichen Angaben beträgt die Zahl der Toten vierzig, wovon die Mehrzahl gar nicht an dem Kampf beteiligt gewesen ist. Er einer ist ein Bauarbeiter, der auf einem Gerüst arbeitete, als er von einer Polizeikugel getroffen wurde; ein Schüler wurde auf dem Wege von der Schule losgeschossen; ein dritter Unbekannter wurde mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. In den Krankenhäusern befinden sich 81 Schwerverletzte, darunter einige, die kaum mit dem Leben davonkommen dürften. Die Zahl der in häuslicher Pflege befindlichen und vor allem der Verwundeten läßt sich nicht übersehen.

Die öffentlichen Institute und Banken, der Klub der Regierungspartei und das Nationalkasino werden von starken Polizeibestimmungen bewacht. In der Großen Ringstraße wurde von Demonstranten ein umgestülpter Straßenbahnwagen mit Petroleum bespritzt und angezündet. Die Polizisten mußten den Brand mit Sand erlöschen. Die Polizei geht überall mit blinder Wut gegen die Menge vor. Nachmittags ließ es, daß die sämtlichen Vergnügungsorte und Theater abends geschlossen seien. An dem städtischen Theater haben die Musiker bei einer Probe am Nachmittag gestreikt. Die Polizei will die Theater schließen, Vorstellungen zu geben.

Verhandlungen.

Budapest, 23. Mai. Die Regierung droht mit der Verhängung des Belagerungszustandes.

Unter der Bedingung der Demonstration sind Verhandlungen begonnen worden, um den Frieden im Parlament auf Grund der Vorlage einer gerechten Wahlreform herzustellen. Graf Apponyi und Ludwig Kossuth erklärten in der Sitzung, die Schaffung der Wahlreform erschwere nunmehr unerträglich. Tisza mußte heute der Geschäftsordnung freien Lauf lassen. Die Wahlreform kam auch heute nicht zur Verhandlung.

Budapest, 23. Mai. Heute abend hat die sozialistische Parteiliste einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft erlassen, in dem diese aufgefordert wird, den Ausstand zu beenden und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen.

Verhaftungen.

Budapest, 23. Mai. Das Militär hat sämtliche Hauptstraßen und öffentlichen Plätze besetzt. Jede Ansammlung wird im Reine erstickt. In den Straßen herrscht verhältnismäßig Ruhe. Der Verkehr der elektrischen Tramway ist überall eingestellt. Die Polizei hat mehrere leitende Persönlichkeiten der Sozialdemokratie verhaftet. Man beachtet, dieselben für die heutigen Unruhen verantwortlich zu machen. Das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt, da die Zensur noch keine Befreiung erhalten haben, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen dürfen. Die heutigen Abendblätter sind infolgedessen nicht erschienen, und auch die Morgenblätter dürfen nicht in Druck gehen. Ministerpräsident Tisza wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach nach Wien begeben, um dem Kaiser über die Budapest-Vorfälle Bericht zu erstatten. Die Aufregung in der Stadt ist immer noch eine sehr große. Man befürchtet für heute abend neuerliche Zusammenstöße zwischen den Streikenden und der bewaffneten Macht. Von den umliegenden Städten wurden Militärabteilungen nach Budapest beordert. Viele Schaulustler sind mit einem Anlauf bedeckt, das die Zustände zu sehen. Es lebe das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht! wodurch die Gefahr sich vor Zerrütterung ihrer Scheiden schützen wollen.

Verhaftungen Tisza und das Abgeordnetenhaus.

Budapest, 23. Mai. Heute wurde die Beratung der Wahlreform im Abgeordnetenhaus fortgesetzt. Die oppositionellen Redner Graf Apponyi und Kossuth ergrißen vor der Tagesordnung das Wort. Apponyi erklärte, wenn man die objektive Richtschnur der Staatsordnung ganz der Willkür des Präsidenten anheimstellen, so sei der ganze Rechtszustand der Verfassung in Gefahr. Kossuth äußerte Zweifel gegen die Rechtsgültigkeit der Präsidentenwahl. Mitterweile erschienen Abgeordnete im Beratungssaal und tritten mit, daß infolge von Zusammenstößen der Demonstranten mit Militär und Polizei zahlreiche Verwundungen vorgekommen seien. Präsident Tisza ersuchte den Redner, weiter zu sprechen. Abgeordneter Rath (Zusatzpartei) hat, daß infolge der Aufregung, die die Mitteilung von dem Straßenkampf herbeigerufen habe die Sitzung suspendiert werde. Der Präsident erklärte, das Parlament wäre kein Wahlfahrtausschuß, und forderte den nächsten Redner auf, seine Rede zu beginnen. Als dieser über die Straßenszene sprach, wurde er vom Präsidenten ermahnt, bei der Sache zu bleiben. Unterdessen forderte die Opposition geschlossene Sitzungen. In dieser wurde ausführlich über die Straßenszene gesprochen. Kossuth schlug vor, es solle statt der Wahlreform die Wahlreform auf die Tagesordnung gesetzt werden; dadurch würde die Ruhe wiederhergestellt werden. Er forderte alle Parteien auf die Hand zu einem ehrlichen Friedensschluß zu bieten. Die meisten oppositionellen Redner ergingen sich in heftigen Beschwerden wegen der Vorenthaltung der Wahlreform. Apponyi forderte mit Rücksicht auf die Demonstration Aufhebung der Sitzung. Präsident Tisza erklärte, man müsse weiterarbeiten; das Parlament dürfe sich nicht wie ein hysterisches altes Weib gebärden. Unter großer Erregung wurde dann die Sitzung geschlossen.

Eine Kundgebung im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 23. Mai. Im Abgeordnetenhaus beantragte heute der sozialistische Sozialdemokrat Remez, angesichts der Vorgänge in Ungarn zum Frieden der Solidarität mit dem Kampfe für das allgemeine Wahlrecht und als Protest gegen den Mißbrauch der Armee eine halbseitige Unterbrechung der Sitzung einzutreten zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt. (Preisfrage, Punkte auf das allgemeine Wahlrecht in Ungarn, Abzugstrafe gegen den Grafen Tisza seitens der Sozialdemokraten.)

Wien, 23. Mai. Gegen Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Abg. Dr. Adler (Soz.) unter Hinweis auf die Vorgänge in Budapest unter der Maske des Kampfes für die Wehrreform bestände sich der Versuch der in Ungarn herrschenden Magnatenelite, das Recht der Wähler Ungarns auf das von der Krone versprochene allgemeine Wahlrecht zu erschöpfen. Der Redner protestierte sodann gegen die Verwendung der gemeinsamen Armee gegen friedliche Demonstranten und ersuchte das Präsidium, deswegen bei der Regierung zu intervenieren. Ferner verlangte er die Einstellung der Beratungen des Wehrausschusses, solange in Budapest die Gefahr bestehe, daß Menschen gemordet würden. Der Vizepräsident Bogacnik erklärte, so sehr er die Vorläufe dem menschlichen Standpunkt behaupte, so liehe dem Präsidium doch kein Einfluß auf die Verwendung des gemeinsamen Heeres zu. Der Wehrausschuß sei auf den 30. Mai einberufen und werde selbst darüber entscheiden, ob er unter den obwaltenden Umständen die Beratungen fortsetzen solle oder nicht. Die nächste Sitzung findet am 30. Mai statt.

Deutsches Reich.

Schwarzblauer Raub im Dreiklassenhaus.

Gestern gab's, wie bereits berichtet, zum Mehrten noch einmal tüchtig Raub im preussischen Landtag. Es war aber diesmal feiner von den unangenehmen Sozialisten, der den verdrängten Mittel- und höheren Klassen zum Raubmachen gab, sondern ein leidhaftiger königlich preussischer Oberlandesgerichtsrat und ein preussischer Minister.

Als der Zentrumredner Marx bei der dritten Lesung des Verfassungsgesetzes, des Ausnahmengesetzes gegen Polen und Litauen, scharfe Angriffe gegen den Landwirtschaftsminister richtete, erhob sich dieser zu einer sehr geharnischten Entgegnung, in deren Verlauf, schwer gereizt durch das Ausspielen seines Vaters, des bekannten früheren Zentrumsführers v. Schorlemer-Kößel, gegen seine Person, der Minister in höchster Erregung die Faust gegen das Zentrum ballte und schüttelte, das zusammen mit den Polen fast nach jedem Satze des Ministers in tosenden Lärm ausbrach.

Ein allgemeiner Sturm brach nochmals los, als der Abgeordnete v. Radowitz (freik.) dem Zentrumredner Marx vorwarf, er bestelle ein hohes Staatsamt — Marx ist Oberlandesgerichtsrat — und bestreite eine staatsfeindliche Politik. Der Tumult, der nun entstand, war unbeschreiblich. Hatt schon es, als wollten die Zentrumsmänner und die Polen die Tribüne stürmen. Rufe: Raus von der Tribüne! Demuziant! gellten durch das allgemeine Hallo. Dazwischen rief Genosse Hoffmann zur Weisheit hinüber: „Wenn aber nun der Tumult kommt!“ Nur langsam legten sich die empörten Wogen.

Herr v. Erla hielt es diesmal nicht für nötig, den Tumult mit seinen Mannen kommen zu lassen. Waren's doch keine Sozialdemokraten, die sich ungebührlich betrugten. Irrendweise größte politische Bedeutung ist dem Raub kaum beizumessen. Schwarze und Blau werden weiter allerhand Helldaten gegen das deutsche Volk verüben, wenn auch einmal ein paar von ihnen im Dreiklassenhaus aneinander geraten sind.

Herr Marx befürchtete zwar in seiner Rede: „Wir werden nie und nimmer einer Besetzung unsere Zustimmung geben, die die Bevölkerung des Staates nach Klassen scheidet und eine Klasse schlechter behandelt als die übrigen.“, in dem er es ruhig duldeten, daß ein großer Teil ihrer Abgeordneten bei der Abstimmung über die Wahlrechtsanträge fehlte.

Parlamentarische Judthauschwärmer.

Die konservative Reichstagsfraktion hat den dreifachen Versuch unternommen, ein Votum des Reichstags für ein neues Judthausgesetz herbeizuführen. Mit 273 gegen 62 Stimmen hat der Reichstag am Mittwoch in namentlicher Abstimmung diesen Vorstoß abgewiesen. Verschiedenen Scharfmachern war es bei dieser Aktion anscheinend selbst nicht ganz geblieben, denn sie verhielten sich unter der Hand, die Sozialdemokraten zu bewegen, den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückzugeben. Ein Versuch, der fehlgeschlagen mußte. Durch die namentliche Abstimmung mußten die Herrschaften Farbe bekennen und ihre Namen verdienen der breitesten Öffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Wir lassen sie nachstehend folgen:

Dr. Arendt, Arnstadt, Dr. Bärwinkel (naff.), Barling (naff.), Dr. Becker (naff.), v. Böhlendorff-Kölpin, Dr. Büttger (naff.), v. Polke, v. Bonin, v. Brederslow, v. Brodhagen, Graf v. Carmer (Osten), Graf v. Carmer (Zielerw.), Dietrich, Frommer, Graf v. Galen (Zentrum), Freih. v. Camp-Rasjaunen, Dr. Giese, Gräfe, v. Halem (Schweg), Dr. Hegen-scheidt, Oestermann (Bauernbund), Dr. v. Heydebrand, Joesch, Jri (Erding, J.), Graf v. Kanitz, Freiherr v. Kerckring zur Borg (J.), Kiese (naff.), Kreis, v. Kröcher, Köhler, Walfenb., v. Massow, Martin, Meyer (Gelle, naff.), Meyer (Kreuzburg), v. Michaelis, Reibel, Niederländer, v. Normann, Dr. Dertel, v. Ceryn, Red (Luz), Ritter, Rother, Rupp, Schulz (Bromberg), Dr. Graf v. Schwerin, Siebenbürger, Strauß (naff.), Dr. v. Reib, Vogt (Graußheim), Vogt (Holl), Wärmuth (wid), Weinhild, Werner (Hersfeld, Antij.), Graf v. Westarp, Witt, v. Winterfeldt, Witt, Wittum (naff.), Zimmermann (naff.).

Neun Nationalliberale — wir wiederholen — die Abg. Dr. Bärwinkel, Barling, Dr. Becker, Dr. Büttger, Kiese, Meyer (Gelle), Strauß, Wittum und Zimmermann leisteten den judthausgezielteren Junkern und Schnapsbrennern Gefolgschaft. Sollten sie zu den 43 gehören, die mit dem Gelde des Zentralverbandes der Industriellen gewählt worden sind? Zu ihnen gestellten sich die feudalen Zentrumsherrn Graf Galen und Freiherr v. Kerckring zur Borg, denen sich der fanatische Jünger Jri angeschlossen. Was sagen die Führer der katholischen Arbeiter, die Giesberts, Weder (Kreuzberg), Schiffer usw., zu den Bestrebungen ihrer Fraktionskollegen? Die Arbeiterschaft wird sich die Namen der 62 Judthauschwärmer einprägen müssen, um ihnen zu gegebener Zeit die richtige Antwort geben zu können.

Die getreue Post.

Das Berliner Scharfmacherorgan, Die Post, eine ganz besonders talentierte Staatsfuge, ist wiederholt über Wilhelm II. hergefallen, und zwar in einer Weise, die einem sozialdemokratischen Redakteur schlecht bekommen wäre. Genosse Eidekum hat bekanntlich im Reichstag auf diese Leistungen der Post hingewiesen, als Weismann-Vollweg und seine Freunde stark in Entrüstung über diese sozialdemokratische Kaiserkritik machten. Das ist offenbar der brave Post nicht sehr angenehm gewesen und so erzählt sie ein langes und breites von der

„treuen Liebe und der wahren Freundschaft“ für Wilhelm II. von der sie besetzt sei. Unter anderem ist folgendes in zwei Spalten zu lesen:

„Wenn in nationalen Kreisen der Kaiser gebeten, gemacht, unter Umständen gelehrt wird, so geschieht das immer Vergens. Treue Freunde aber haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu bitten, zu mahnen und die Wahrheit zu sagen. Wir sind treue Anhänger des Kaisers und begeisterte Anhänger des Kaiserthums. Die Sozialdemokraten sind überaus energiegeladener und erstreben die Beseitigung der Monarchie, die Verdrängung oder Beseitigung des Monarchen. Das ist der gewaltige, nie zu überbrückende Unterschied, der sie von uns trennt. Das Südelum heute versucht, dies abzuleugnen, so zeigt das leicht die Freiheit der Sozialdemokratie, die sich ja nur zu oft mit der Verschiedenheit paart. Germanische Auffassung ist es immer gewesen, daß der Fürst der Beste, der tüchtigste und erste der freien Männer des Volkes sei. Wir erblicken nicht im Kaiser ein übermenschliches Wesen ohne Fehl und Tadel, sondern einen Menschen, wie wir sind, mit seinen Vorzügen und Fehlern. Wir sind keine Opponenten, die feindselig dem Monarchen göttliche Ehren erweisen, sondern freie deutsche Männer, die auch ihrem König und Kaiser ihre Meinung offen und freimütig äußern. Nach unserer Ansicht ist sowohl die nationale Parteien im Reichstage, als auch die nationale Presse in dieser Beziehung besonders in der ersten Jahreshälfte der Regierung Wilhelm II. viel zu wenig getan und eine schwere Schuld auf sich geladen. Hätte man in diesem Sinne offener, ehrlich und treu solche Mahnungen der Regierung Wilhelm II. gegeben, so würde manches vermieden worden sein, das Schmach, Bitterkeit und Resignation in die Herzen gerade der besten Vaterlandsliebenden geträufelt hat. Es würde jene Stimmung vermieden worden sein, die im Jahre 1908 im Novembersturm den kaiserlichen Ausbruch suchte und fand.“

Die brave Post tut so, als wenn sie nur eine launische Kritik an Wilhelm II. geübt hätte, sie verweigert aber, daß sie auf Wilhelm II. in wüthender Weise losgeschimpft hat! Die Wahrheit ist, daß die treue Liebe und die wahre Freundschaft der Post für ihren angestammten Kaiser und König nur so lange währen, wie dieser Kaiser und König die Wünsche der hinter der Post stehenden Scharfmacher gehorjam befolgt. Tut er das nicht, so bekommt er von der Post sehr deutlich zu hören, daß er nichts taugt. Und sollte einmal ein Monarch versuchen — was ja allerdings die Junker und Scharfmacher gar nicht zu befürchten brauchen —, sich wirklich für die Interessen der Volksmassen einzusetzen, so würden sich sicher die Herren von der Post schleunigst in blutige Revolutionäre verwandeln.

Protestversammlungen gegen die Dreiklassenwahl in Preußen.

In Halle a. d. Saale protestierte die Arbeiterschaft in zwei von Tausenden besuchten Versammlungen gegen die Gewalttakte des preussischen Abgeordnetenhauses. Die Referenten, Reichstagsabg. Fritz Kunert und Redakteur Karl Bod, die als letztes Mittel gegen das Treiben der Reaktion den Massenstreik bezeichneten, fanden stürmischen Beifall. Sehr gut besuchte Protestversammlungen gegen die Dreiklassenwahl und gegen die kaiserlichen Drohreden wurden auch abgehalten in Eisenburg, Delitzsch, Wittenberg, Torgau, Eisleben und Artern.

Die Versammlungen, die in Artern und den Vororten Ehrenfeld und Rall stattfanden, waren überfüllt. Die Resolution, die einstimmig Annahme fand, wendet sich mit besonderer Schärfe gegen das Zentrum, das durch Abwanderung nahezu der Hälfte seiner Abgeordneten einen Beschluß zugunsten des geheimen und direkten Wahlrechts hintertreiben und dadurch selbst die allerbestmögliche Reform des einseitigen aller Wahlsysteme verhindert hat. Zusätzliche sind nicht vorgekommen; die Polizei hatte umfassende Vorbereitungen getroffen, bekam aber keine Arbeit. Man hatte die Zahl der berittenen Schutzeinheiten dadurch vermehrt, daß man Feuerkürassiere in Schutzmanns Kleidung stellte.

In Danzig wurde in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Im Hanauer Reichstagswahlkreis fanden drei statt besuchte Versammlungen statt, die gegen die Dreiklassenwahl in Preußen protestierten, und zwar in Hannau, Vodenheim und Fiedenheim.

Die Arbeiterschaft der Unterweserorte (Bremen) haben -Geestemünde -Lehe) unternahm am Mittwoch in drei imposanten Versammlungen eine wichtige Demonstration gegen die Wehrverordnungen, gegen die Reaktion und gegen die politische Kurzsichtigkeit.

Das Märchen vom guten Präsidenten.

Die reaktionäre Presse ist so stoffarm, daß sie immer noch den „Fall Scheidemann“ in allen Konzerten erzählt. Die Wiesbadener Zeitung, ein Blatt, das dem national-liberalen Kommerzianten Hartling nahe steht, ist gar „in der Lage mitzutheilen“, daß „sich das Staatsministerium (sowohl mit den Neuierungen des Abg. Scheidemann wie auch mit der wiederholt aufgefundenen Schwerebrigkeit des Präsidenten Dr. Kämpf gegenüber sozialdemokratischen Anwälten befaßt“. Das blühende ultramontane Blatt druckt mit Begehen diesen Schwindel nach, obwohl das aus Reichstagsakten sehr gut debienete Blatt wissen könnte, daß nicht nur die Wiesbadener Meldung, sondern auch die ganze künstliche Erregung auf schwindelhaften Voraussetzungen beruht. Wie das amtliche Stenogramm ausweist, ist Scheidemann während seiner Rede zweimal zur Ordnung gerufen worden, den dritten Ordnungsruf erhielt er erst nach Beendigung seiner Rede auf Grund der Einsichtnahme in das Stenogramm. Von einer Verlesung der Präsidialpflichten zugunsten eines Sozialdemokraten kann demnach nicht die Rede sein, und das gibt jetzt auch die Germania keinlaute zu, so schwer ihr das fallen mag.

Keine Fahrpreiserhöhung für die Arbeiterjugend.

Nach einer Verfügung des preussischen Eisenbahnministers soll die Eisenbahnverwaltung auch für die Jugendbeförderung verwenden, indem Jugendvereine bei Ausflügen Fahrpreiserhöhung gemindert wird. Der Leiter der Magdeburger Arbeiterjugend beantragte nun auf Grund der Verfügung des Ministers die Freierhöhung auf eine Pfingstfahrt. Die Eisenbahndirektion lehnte das Verlangen mit folgender Begründung:

„Nach den Tarifbestimmungen wird nur den Jugendabteilungen von bestimmten Vereinen eine Fahrpreiserhöhung ermäßigt bei Ausflügen gewährt. Wir bebauern daher, Ihren Antrag nicht entsprechen zu können.“

Kun kommen bekanntlich nicht nur die Jugendabteilungen von bestimmten Vereinen, sondern auch bestimmte andere Jugendvereine Fahrpreiserhöhung. Bestimmten Jugendabteilungen in das Reich durch die Eisenbahnverwaltung bringt es jedoch durch solche unbilligen Ausflugsunterstützung der Jugend es zweierlei Recht in Preußen-Deutschland gibt.